

Bernhard Seidenath: Erst Vertrauen schaffen, dann befragen – Plädoyer für ein Bündnis für Organspende in Bayern

In Deutschland muss erneut und verstärkt um neues Vertrauen für die Organspende geworben werden. „Der dramatische Mangel an Organspenden ist eine gesundheitspolitische Katastrophe: Er nimmt Hoffnung und bringt so Leid in die mehr als 12.000 Familien in unserem Land, in denen ein Angehöriger händeringend auf eine Organverpflanzung wartet“, mahnte Bernhard Seidenath, der Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag für bioethische Fragen. Erst gestern veröffentlichte die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) die neuesten Zahlen, wonach die Spendenbereitschaft in Deutschland auf den niedrigsten Stand seit 2002 gesunken ist.

Der CSU-Politiker schlägt ein „Bündnis für Organspende“ in Bayern vor, in dem möglichst alle gesellschaftlich relevanten Institutionen die Bedeutung der Organspende herausstellen. „Eine gute Basis besteht hier bereits in der großartigen Initiative ‚Sportler für Organspende‘. Dies sollten wir ausweiten. Entsprechende Überlegungen habe ich bereits dem Bayerischen Gesundheitsminister Dr. Marcel Huber und dem Geschäftsführenden Arzt der DSO in Bayern, Herrn Dr. Breidenbach, nahe gebracht.“

Das Vertrauen in die Organspende wieder herzustellen, sei das Gebot der Stunde. „Dazu ist es nötig, dass die einzelnen Universitätskliniken ein effektives Qualitätsmanagement bei der Meldung potenzieller Organspender anwenden und Eurotransplant als zentrale Vermittlungsstelle alle gemeldeten Daten so intensiv wie möglich überprüft“, so Seidenath.

Solange das Vertrauen in die Transplantation so gering wie derzeit sei, habe auch die Umsetzung der im letzten Jahr beschlossenen Entscheidungslösung keinen Sinn. Die Krankenkassen sollten also mit der Befragung der Bevölkerung so lange warten, bis eben jenes Qualitätsmanagement eingeführt ist und greift. Eine frühere Initiative könnte zum Gegenteil der bezweckten Reaktion führen, nämlich zu einer Ablehnung. Zudem würde das in die Aufklärung investierte Geld verpuffen. „Beides können wir nicht brauchen“, so der CSU-Parlamentarier abschließend.